

**Antrag 64/II/2025****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Hoch die internationale Solidarität für die Ukraine: Deutschlands Beitrag zu Sicherheit, Frieden und Demokratie in der Ukraine**

1 Die Ukraine verteidigt seit dem russischen Angriffskrieg  
 2 nicht nur ihre eigene Souveränität, sondern auch die eu-  
 3 ropäische Friedensordnung. Ein zukünftiges Friedensab-  
 4 kommen kann nur Bestand haben, wenn es durch verläss-  
 5 liche Schutz- und Sicherheitsgarantien abgesichert ist.  
 6  
 7 Deutschland trägt hier eine besondere Verantwortung.  
 8 Historisch, weil die Ukraine während des Zweiten Welt-  
 9 kriegs unermessliches Leid durch deutsche Besatzung er-  
 10 fuhr. Politisch, weil Deutschland in den letzten Jahrzehn-  
 11 ten durch Entscheidungen wie die Blockade einer NATO-  
 12 Beitrittsperspektive 2008 und die energiepolitische Ab-  
 13 hängigkeit von Russland mit dazu beigetragen hat, dass  
 14 die Ukraine lange in einer sicherheitspolitischen Grauzo-  
 15 ne blieb.  
 16  
 17 Auch nach Beginn der Krim-Annexion 2014 hielt Deutsch-  
 18 land an Projekten wie Nord Stream 2 fest, trotz der War-  
 19 nungen osteuropäischer Partner\*innen. Diese Politik hat  
 20 Russlands Handlungsspielräume erweitert und die Sicher-  
 21 heitslage der Ukraine verschlechtert. Aus diesen Fehlern  
 22 erwächst eine moralische und politische Pflicht: Deutsch-  
 23 land darf sich nicht erneut zurückziehen, wenn es um die  
 24 Verteidigung europäischer Sicherheit und der Demokratie  
 25 geht.  
 26  
 27 Auch wir haben uns zur Zeitenwende bekannt. Die-  
 28 ses Bekenntnis muss den Anspruch einer langfristigen  
 29 sicherheits- und friedenspolitischen Verantwortung tra-  
 30 gen. Zur Zeitenwende gehört deshalb auch, die Ukraine  
 31 nicht nur in der akuten Verteidigung, sondern langfristig  
 32 abzusichern – politisch, finanziell und im Zweifel auch mi-  
 33 litärisch. Sicherheitsgarantien für die Ukraine sind damit  
 34 kein Bruch mit unseren Grundsätzen, sondern die konse-  
 35 quente Fortführung unserer Haltung: Internationale Soli-  
 36 darität und Verantwortung enden nicht am Tag eines Waf-  
 37 fenstillstands, sondern erst, wenn die Menschen in der  
 38 Ukraine dauerhaft in Frieden und Sicherheit leben kön-  
 39 nen.  
 40  
 41 Sicherheitsgarantien müssen glaubwürdig und umfas-  
 42 send sein. Die Friedens- und Sicherheitsforschung betont  
 43 zwei Kernanforderungen: Schutz vor erneuter Aggression  
 44 und Durchhaltefähigkeit im Fall eines brüchigen Waffen-  
 45 stillstands. Halbherzige Zusagen, wie das gescheiterte  
 46 Budapest Memorandum 1994, haben Russland nicht  
 47 abgehalten. Auch eine rein symbolische Präsenz ohne ein

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 verteidigt die Ukraine nicht nur die eigene Souveränität und die eigenen Bürger:innen gegen Russlands imperialistischen Angriffskrieg, sondern auch die europäische Friedensordnung. Ein zukünftiges Friedensabkommen kann nur Bestand haben, wenn es durch verlässliche Schutz- und Sicherheitsgarantien abgesichert ist.

Deutschland trägt hier eine besondere Verantwortung. Historisch, weil die Ukraine während des Zweiten Weltkriegs unermessliches Leid durch deutsche Besatzung erfuhr. Politisch, weil Deutschland in den letzten Jahrzehnten durch Entscheidungen wie die Blockade einer NATO-Beitrittsperspektive 2008 und die energiepolitische Abhängigkeit von Russland mit dazu beigetragen hat, dass die Ukraine lange in einer sicherheitspolitischen Grauzone blieb.

Auch nach Beginn der Krim-Annexion 2014 hielt Deutschland an Projekten wie Nord Stream 2 fest, trotz der Warnungen osteuropäischer Partner\*innen. Diese Politik hat Russlands Handlungsspielräume erweitert und die Sicherheitslage der Ukraine verschlechtert. Aus diesen Fehlern erwächst eine moralische und politische Pflicht: Deutschland darf sich nicht erneut zurückziehen, wenn es um die Verteidigung europäischer Sicherheit und der Demokratie geht.

Auch wir haben uns zur Zeitenwende bekannt. Dieses Bekenntnis muss den Anspruch einer langfristigen sicherheits- und friedenspolitischen Verantwortung tragen. Zur Zeitenwende gehört deshalb auch, die Ukraine nicht nur in der akuten Verteidigung, sondern langfristig abzusichern – politisch, finanziell und im Zweifel auch militärisch. Sicherheitsgarantien für die Ukraine sind damit kein Bruch mit unseren Grundsätzen, sondern die konsequente Fortführung unserer Haltung: Internationale Solidarität und Verantwortung enden nicht am Tag eines Waffenstillstands.

Sicherheitsgarantien müssen glaubwürdig und umfassend sein. Die Friedens- und Sicherheitsforschung betont zwei Kernanforderungen: Schutz vor erneuter Aggression und Durchhaltefähigkeit im Fall eines brüchigen Waffenstillstands. Halbherzige Zusagen, wie das gescheiterte Budapest Memorandum 1994, haben Russland nicht abgehalten. Auch eine rein symbolische Präsenz ohne ein

48 klares Mandat würde Gefahr laufen, dass sie Russland  
 49 dazu einlädt, erneut Grenzen auszutesten. Realistische  
 50 Modelle setzen deshalb auf ein mehrschichtiges Siche-  
 51 rungsdispositiv, das die ukrainische Eigenverteidigung  
 52 stärkt, verlässliche Unterstützung organisiert und klare  
 53 Reaktionsmechanismen definiert.

54  
 55 Gleichzeitig warnen Stimmen aus der Friedensforschung  
 56 vor den Risiken: eine direkte Konfrontation zwischen  
 57 NATO-Staaten und Russland könnte zu einer gefährlichen  
 58 Eskalation führen, und Deutschland ist aktuell in seinen  
 59 sicherheitspolitischen Kapazitäten stark belastet. Daraus  
 60 folgt, dass eine glaubwürdige Garantie auf mehreren Säu-  
 61 len stehen muss: der Befähigung der Ukraine, sich selbst  
 62 zu schützen, langfristiger finanzieller Unterstützung, hu-  
 63 manitären Hilfen und der Bereitschaft, im Rahmen kla-  
 64 rer völkerrechtlicher Grundlagen auch über eine mögli-  
 65 che deutsche Beteiligung an internationalen Schutzmis-  
 66 sionen zu sprechen.

67  
 68 Zu einer langfristigen Unterstützung der Ukraine gehört  
 69 jedoch weit mehr als die Sicherung gegen militärische An-  
 70 griffe. Ein nachhaltiger Frieden setzt auch auf Wiederauf-  
 71 bau und gesellschaftliche Stabilität. Das bedeutet: zer-  
 72 störte Infrastruktur, Wohnungen, Schulen und Kranken-  
 73 häuser müssen neu errichtet werden, um den Menschen  
 74 eine Perspektive zu geben. Ebenso braucht die Ukraine un-  
 75 sere Unterstützung bei der Weiterentwicklung demokra-  
 76 tischer Institutionen, beim Aufbau einer unabhängigen  
 77 Justiz, beim Schutz von Minderheiten und beim Kampf ge-  
 78 gen Korruption. Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von  
 79 Krieg, sondern auch die Garantie von sozialen Rechten,  
 80 Bildung, Gesundheit und demokratischer Teilhabe. Des-  
 81 halb muss Deutschland seine Verantwortung umfassend  
 82 begreifen und auch in diesen Bereichen an der Seite der  
 83 Ukraine stehen. Dieser nachhaltige Frieden bedeutet für  
 84 uns auch, eine feministische Perspektive konsequent ein-  
 85 zubeziehen. Eine feministische Außen- und Sicherheits-  
 86 politik stellt den Schutz der Menschen vor Gewalt, Dis-  
 87 kriminierung und Entrechtung in den Mittelpunkt und  
 88 berücksichtigt dabei ebenfalls die Erfahrungen von Frau-  
 89 en, queeren Personen und marginalisierten Gruppen in  
 90 Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften. Sicherheitspolitik  
 91 darf deshalb niemals eindimensional militärisch gedacht  
 92 werden, sondern muss soziale, ökonomische und gesell-  
 93 schaftliche Dimensionen ebenfalls umfassen.

94  
 95 Marginalisierte und systematisch benachteiligte Gruppen  
 96 müssen an Friedensprozessen beteiligt werden, um ei-  
 97 ne nachhaltige Sicherheit gewährleisten zu können. Der  
 98 Wiederaufbau muss geschlechtergerecht gestaltet wer-  
 99 den, Programme zum Schutz vor sexualisierter Gewalt  
 100 als integraler Bestandteil der Sicherheitsarchitektur an-

klares Mandat würde Gefahr laufen, dass sie Russland  
 dazu einlädt, erneut Grenzen auszutesten. Realistische  
 Modelle setzen deshalb auf ein mehrschichtiges Siche-  
 rungsdispositiv, das die ukrainische Eigenverteidigung  
 stärkt, verlässliche Unterstützung organisiert und klare  
 Reaktionsmechanismen definiert.

Gleichzeitig warnen Stimmen aus der Friedensforschung  
 vor den Risiken: eine direkte Konfrontation zwischen  
 NATO-Staaten und Russland könnte zu einer gefährlichen  
 Eskalation führen, und Deutschland ist aktuell in seinen  
 sicherheitspolitischen Kapazitäten stark belastet. Daraus  
 folgt, dass eine glaubwürdige Garantie auf mehreren Säu-  
 len stehen muss: der Befähigung der Ukraine, sich selbst  
 zu schützen, langfristiger finanzieller Unterstützung, hu-  
 manitären Hilfen und der Bereitschaft, im Rahmen kla-  
 rer völkerrechtlicher Grundlagen auch über eine mögli-  
 che deutsche Beteiligung an internationalen Schutzmis-  
 sionen zu sprechen.

Zu einer langfristigen Unterstützung der Ukraine gehört  
 jedoch weit mehr als die Sicherung gegen militärische An-  
 griffe. Ein nachhaltiger Frieden setzt auch auf Wiederauf-  
 bau und gesellschaftliche Stabilität. Das bedeutet: zer-  
 störte Infrastruktur, Wohnungen, Schulen und Kranken-  
 häuser müssen neu errichtet werden, um den Menschen  
 eine Perspektive zu geben. Ebenso braucht die Ukraine un-  
 sere Unterstützung bei der Weiterentwicklung demokra-  
 tischer Institutionen, beim Aufbau einer unabhängigen  
 Justiz, beim Schutz von Minderheiten und beim Kampf ge-  
 gen Korruption. Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von  
 Krieg, sondern auch die Garantie von sozialen Rechten,  
 Bildung, Gesundheit und demokratischer Teilhabe. Des-  
 halb muss Deutschland seine Verantwortung umfassend  
 begreifen und auch in diesen Bereichen an der Seite der  
 Ukraine stehen. Dieser nachhaltige Frieden bedeutet für  
 uns auch, eine feministische Perspektive konsequent ein-  
 zubeziehen. Eine feministische Außen- und Sicherheits-  
 politik stellt den Schutz der Menschen vor Gewalt, Dis-  
 kriminierung und Entrechtung in den Mittelpunkt und  
 berücksichtigt dabei ebenfalls die Erfahrungen von Frau-  
 en, queeren Personen und marginalisierten Gruppen in  
 Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften. Sicherheitspolitik  
 darf deshalb niemals eindimensional militärisch gedacht  
 werden, sondern muss soziale, ökonomische und gesell-  
 schaftliche Dimensionen ebenfalls umfassen.

Marginalisierte und systematisch benachteiligte Gruppen  
 müssen an Friedensprozessen beteiligt werden, um ei-  
 ne nachhaltige Sicherheit gewährleisten zu können. Der  
 Wiederaufbau muss geschlechtergerecht gestaltet wer-  
 den, Programme zum Schutz vor sexualisierter Gewalt  
 als integraler Bestandteil der Sicherheitsarchitektur an-

101 erkannt werden. Ein feministisches Sicherheitsverständ-  
 102 nis verbindet den Schutz marginalisierter und systema-  
 103 tisch benachteiligter Gruppen in Kriegsgebieten mit einer  
 104 intersektionale Perspektive, die Diskriminierungsformen  
 105 zusammendenkt.

106

107 **Wir fordern daher:**

108

- 109 • einen mehrjährigen, haushaltfesten Rahmen für  
 110 eine umfassende sicherheits- und friedenspoliti-  
 111 sche Unterstützung der Ukraine, einschließlich Rüs-  
 112 tung, Waffen, Ausbildung, Infrastrukturaufbau und  
 113 humanitärer Hilfe;
- 114 • die Stärkung der ukrainischen Eigenverteidigung  
 115 durch Ausrüstung, Ausbildung und verlässliche  
 116 Nachschublinien;
- 117 • die Entwicklung eines Sicherheitsmodells für die  
 118 Ukraine, das abgesicherte politische, finanzielle und  
 119 verteidigungspolitische Unterstützung auf quasi-  
 120 bündnisgleichem Niveau gewährleistet – bis ein  
 121 NATO-Beitritt möglich wird – und das im Falle eines  
 122 Friedensabkommens auch die Vorbereitung auf ei-  
 123 ne internationale Stabilisierungs- oder Schutzmis-  
 124 sion einschließt, bei der ein deutscher Beitrag vor-  
 125 gesehen wird, sofern er völkerrechtlich legitimiert,  
 126 parlamentarisch beschlossen, in einem breiten mul-  
 127 tationalen Rahmen verankert ist und die sicher-  
 128 heitspolitischen Kapazitäten Deutschlands berück-  
 129 sichtigt.
- 130 • die Nutzung eingefrorener russischer Vermögen für  
 131 Wiederaufbau und Reparationen, flankiert von kla-  
 132 ren Sanktionsmechanismen bei erneuter Aggressi-  
 133 on;
- 134 • die aktive Unterstützung des EU-  
 135 Beitrittsprozesses der Ukraine und die mittelfristige  
 136 Öffnung eines klaren Weges in die NATO;
- 137 • die langfristige Unterstützung des Wiederaufbaus  
 138 und der gesellschaftlichen Entwicklung in der Ukrai-  
 139 ne, insbesondere beim Wiederaufbau von Infra-  
 140 struktur, Wohnungen, Schulen und Krankenhäusern  
 141 sowie bei der Förderung demokratischer Institutio-  
 142 nen, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Teilhabe;
- 143 • die **dauerhafte Unterstützung der internatio-  
 144 nalen strafrechtlichen und völkerrechtlichen  
 145 Verfolgung** von Kriegsverbrechen und Kriegsver-  
 146 brecher\*innen des russischen Angriffskriegs, u. a.  
 147 durch Zusammenarbeit mit dem Internationalen  
 148 Strafgerichtshof, Förderung von Ermittlungs- und  
 149 Dokumentationsstrukturen sowie Initiativen für  
 150 Sondertribunale;
- 151 • den klaren Grundsatz, dass **mit diesem russischen  
 152 Regime keine Handels- oder Wirtschaftsbeziehun-  
 153 gen** wieder aufgenommen werden dürfen.

erkannt werden. Ein feministisches Sicherheitsverständ-  
 nis verbindet den Schutz marginalisierter und systema-  
 tisch benachteiligter Gruppen in Kriegsgebieten mit einer  
 intersektionale Perspektive, die Diskriminierungsformen  
 zusammendenkt.

**Wir fordern daher:**

- einen mehrjährigen, haushaltfesten Rahmen für  
 eine umfassende sicherheits- und friedenspoliti-  
 sche Unterstützung der Ukraine, einschließlich Rüs-  
 tung, Waffen, Ausbildung, Infrastrukturaufbau und  
 humanitärer Hilfe;
- die Stärkung der ukrainischen Eigenverteidigung  
 durch Ausrüstung, Ausbildung und verlässliche  
 Nachschublinien;
- Rüstungskooperation mit ukrainischen Unterneh-  
 men und Investitionen;
- die Entwicklung eines Sicherheitsmodells für die  
 Ukraine, das abgesicherte politische, finanzielle und  
 verteidigungspolitische Unterstützung auf quasi-  
 bündnisgleichem Niveau gewährleistet – bis ein  
 NATO-Beitritt möglich wird – und das im Falle eines  
 Friedensabkommens auch die Vorbereitung auf ei-  
 ne internationale Stabilisierungs- oder Schutzmis-  
 sion einschließt, bei der ein deutscher Beitrag vor-  
 gesehen wird, sofern er völkerrechtlich legitimiert,  
 parlamentarisch beschlossen, in einem breiten mul-  
 tationalen Rahmen verankert ist und die sicher-  
 heitspolitischen Kapazitäten Deutschlands berück-  
 sichtigt.
- die Nutzung eingefrorener russischer Vermögen für  
 Wiederaufbau und Reparationen, flankiert von kla-  
 ren Sanktionsmechanismen bei erneuter Aggressi-  
 on;
- die aktive Unterstützung des EU-  
 Beitrittsprozesses der Ukraine und die mittelfristige  
 Öffnung eines klaren Weges in die NATO;
- die langfristige Unterstützung des Wiederaufbaus  
 und der gesellschaftlichen Entwicklung in der Ukrai-  
 ne, insbesondere beim Wiederaufbau von Infra-  
 struktur, Wohnungen, Schulen und Krankenhäusern  
 sowie bei der Förderung demokratischer Institutio-  
 nen, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Teilhabe;
- Schutz, Unterstützung und Weiterentwicklung von  
 unabhängigen Institutionen der Demokratie- und  
 Rechtstaatsbildung, Knüpfung von Finanzhilfen an  
 Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung;
- die **dauerhafte Unterstützung der internatio-  
 nalen strafrechtlichen und völkerrechtlichen  
 Verfolgung** von Kriegsverbrechen und Kriegsver-  
 brecher\*innen des russischen Angriffskriegs, u. a.  
 durch Zusammenarbeit mit dem Internationalen

154  
155  
156  
157  
158  
159

Strafgerichtshof, Förderung von Ermittlungs- und Dokumentationsstrukturen sowie Initiativen für Sondertribunale;  
• den klaren Grundsatz, dass **mit diesem russischen Regime keine Handels- oder Wirtschaftsbeziehungen** wieder aufgenommen werden dürfen.